

Europäische

Charta



für eine

engagierte

Sozialdemokratie

Präambel

Dieses Dokument mit dem Titel "Europäische Charta für eine engagierte Sozialdemokratie" (im Folgenden: „Charta“) ist eine Initiative von AktivistInnen und AnhängerInnen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa. Auch wenn sie kein offizielles Dokument der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) darstellt, soll sie einen Beitrag zur Schaffung eines Grundsatzprogramms der SPE bis 2013 leisten. In diesem Sinne möchte die vorliegende Charta eine möglichst große Zahl von AktivistInnen zusammenführen, die davon überzeugt sind, dass nur eine gemeinsame Antwort der europäischen Sozialdemokratie dazu imstande ist, die sozialen Modelle und Errungenschaften in Europa zu bewahren und zu verbessern. Daher ist es das Ziel dieser Charta, unsere vereinte europäische Partei einerseits durch eine engere transnationale Kooperation an der Parteibasis sowie andererseits durch die Förderung eines europäischen Bewusstseins innerhalb der eigenen nationalen Parteien zu stärken. Dazu bedarf es vor allem der verstärkten Aufklärungs- und Bildungsarbeit hinsichtlich europarelevanter Themen innerhalb und außerhalb der Parteien und den vereinten Einsatz von AktivistInnen und politischen Entscheidungsträgern in Europa.

Innerhalb der Europäischen Union hat die Politik in den letzten Jahren eine Richtung eingeschlagen, die wir nicht billigen möchten. Soziale Ungleichheiten, die sich an einer immer größeren Öffnung der Lohnschere und einer Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen vom gesellschaftlichen Leben zeigen, sind deutliche Zeichen einer neoliberal-konservativen Vorherrschaft. Diese Denkmuster sind zugleich auch als ein Zeichen für die Schwäche der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zu werten, die es bisher vermocht haben, eine moderne politische Agenda mit zukunftsweisenden Argumenten zu erarbeiten bzw. durchzusetzen.

Seit ihrer Gründung hat die EU (und ihre Vorgänger) neben wirtschaftspolitischen Integrationsschritten auch in Ansätzen versucht sozialpolitische Schritte zu gehen. Doch müssen wir heute feststellen, dass wirtschaftliche und soziale Unterschiede in der EU so groß sind wie nie zuvor und dass es in wichtigen Politikfeldern keinen gemeinsamen Gestaltungsansatz gibt. Es ist unsere Aufgabe die Europäische Union institutionell und politisch zu stärken. Zusätzlich müssen wir in europäischen Fragen eine geschlossene, fortschrittliche Position besetzen und mit der Instrumentalisierung Europas für nationale Zwecke brechen.

Die Charta steht für ein soziales, politisches und ökologisches Europa und unterstützt die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit. Ein jeder, der diese Ziele und Werte unterstützt, kann Unterzeichner der Charta werden. Er/sie verpflichtet sich damit, zur Sensibilisierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Organisationen für europäische Themen beizutragen.

Artikel 1: Politische Union

Die fehlende Antwort auf die Frage zur zukünftigen Gestalt Europas sorgt nicht nur für politische Unklarheit innerhalb unserer Parteien sondern auch bei den BürgerInnen. Die derzeit überwiegend intergouvernementale Erscheinungsform der EU zeigt Schwächen bei der Lösung zahlreicher europäischer und internationaler Probleme. Deshalb folgen wir dem Leitbild eines politischen und föderalen Europas. Kurzfristig bedeutet dies eine engere Koordination in wichtigen Politikfeldern (u.a. Finanzen, Wirtschaft, Soziales, Immigrations- und Asylpolitik) auf europäischer Ebene und langfristig die Ermöglichung einer Gemeinschaftspolitik, deren Grundzüge von einer starken Union und ihren Mitgliedsstaaten gemeinsam definiert werden.

Unser Verständnis von einer Politischen Union respektiert die kulturellen und politischen Eigenheiten der Mitgliedstaaten und baut auf unseren gemeinsamen Werten auf. Um ihre Herausbildung zu ermöglichen, fordern wir eine weitere Demokratisierung der EU, etwa durch den Ausbau des Europäischen Parlamentarismus und die Stärkung der Europakompetenz nationaler Parlamente sowie der Unionsbürgerschaft.

Artikel 2: Soziales Europa

Nachdem in Europa in den letzten 60 Jahren die wirtschaftliche Integration im Vordergrund stand, ist es an der Zeit, das soziale Europa zu verwirklichen. Das bedeutet für uns: Die Einführung eines sozialen Stabilitätspakts, der hohe Sozial-, Gesundheits- und Bildungsstandards sowie verbindliche Mindestlöhne orientiert an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den Mitgliedstaaten festlegt. Ziel ist die Erreichung einer hohen sozialen Absicherung für alle BürgerInnen in Europa sowie die Annäherung der Lebensverhältnisse in der gesamten Union.

Die Gestaltung des sozialen Europas kann nicht getrennt von der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU betrachtet werden. Wir sind für eine engere Zusammenarbeit in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, die allerdings nicht wie bisher zu einem weiteren Abbau der sozialen Standards in den Mitgliedstaaten führen darf. Im diesem Sinne halten wir eine wachstumsorientierte Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die mit entsprechenden Indikatoren auf den Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte zielt, für dringend erforderlich.

Ein soziales Europa heißt für uns außerdem, in Zukunft gemeinsam Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in Europa zu übernehmen. Dies betrifft den Bereich der Integrationspolitik genauso wie den der Einwanderungspolitik. Erforderlich ist hier eine Überarbeitung der Dublin-II-Regelung, eine Harmonisierung der Asylpolitik unter Beachtung hoher Menschenrechtsstandards und eine Reform der Grenzschutzpolitik in Europa.

Artikel 3: Europäische Öffentlichkeit

Demokratisierung der EU im 21. Jahrhundert heißt vor allem die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit. Zur Sicherung ihrer politischen Legitimation braucht die EU auf Dauer BürgerInnen, die sich mit ihr identifizieren und bereit sind, sich innerhalb ihrer Strukturen grenzüberschreitend zu engagieren.

Die UnterzeichnerInnen dieser Charta sind überzeugt, dass hierin eine wichtige Aufgabe der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien innerhalb der EU sowie den hinzukommenden Mitgliedstaaten liegt. Dies betrifft auch die Förderung eines europäischen Bewusstseins innerhalb der eigenen Mitgliedschaft, wo nationales Denken noch die Oberhand hat. Nur wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen und uns zu einer wahrhaft europäischen Partei vereinen, können die BürgerInnen in Europa uns auch folgen.

Erreichen wollen wir dieses Ziel durch mehr Information und Bildung, durch die Stärkung von Partizipation sowie die Erweiterung grenzüberschreitender Netzwerke. Ein wichtiges Instrument auf dem Weg zu einer europäischen Bürgergesellschaft bildet für uns die Europäische Bürgerinitiative